

NACHRICHTEN	PROJEKTE	BEWEGUNG	BIOTONNE
Erste bundesweite Wasserkonferenz: Aktivist*innen und Initiativen treffen sich in Köln.	Wohn- und Wirkorte auf dem Land: Das junge Wandelgut-Projekt in Mechow stellt sich vor.	Im Supermarkt der Demokratie: Was läuft schief, wenn bei Wahlen die Rechten gewinnen?	Vor 50 Jahren begann der erfolgreiche Widerstand gegen das geplante Atomkraftwerk in Wyhl.
3	5	7	13

Vom Mietshäuser Syndikat zum globalen Netzwerk



▲ Das Jubiläumstreffen des CoHabitat-Netzwerks im Oktober 2024 in Genf

Foto: Régis Kacou

Seit es dem Mietshäuser Syndikat (MHS) in den 1980er-Jahren gelang, mit seinem Rechtsmodell Häuser dauerhaft der Immobilienspekulation zu entziehen und für kollektive Wohnformen zu erhalten, haben mehrere Finanz- und Immobilienkrisen den Wohnungsmarkt aufgemischt - zum Nachteil der Mehrzahl der Menschen. Leistbares Wohnen und ein Gegenkonzept zur Spekulation mit Immobilien sind mittlerweile weltweit zum Thema geworden.

PETER KÄMMERLING UND CORINNA
HÖLZL-VERWIEBE (MHS & CSN),
BRIGITTE KRATZWALD, REDAKTION GRAZ

Profite aus hohen Mieten und aus Spekulation am Immobilienmarkt sind der treibende Faktor für steigende Wohnungskosten. Häuser könnten sehr preiswert verkauft oder vermietet werden, sobald alle Kredite des Kaufes bzw. des Baus abbezahlt sind. Genau dies ist der Kern des Profitschemas von Investoren und Spekulanten: Sie erwerben oder bauen das Haus, dann steigen über die Jahre der Wiederverkaufspreis bzw. die Mieten am Markt, aber ihre Investition bleibt gleich und wird irgendwann abbezahlt sein. Die Differenz

zum gestiegenen Marktpreis ergibt ihren Profit.
Wie befreien sich nun Menschen, die sich Haus oder Wohnung nicht selbst leisten können, trotzdem aus ihrer prekären Abhängigkeit von zunehmend steigenden Mieten? Gemeinsam in ihrer Gruppe durch Solidarität! Die horizontale und solidarische Bewegung sowie das Modell dazu wurde seit den 80er-Jahren vom Mietshäuser Syndikat (MHS) erst in Freiburg entwickelt, dann deutschlandweit wiederholt und inzwischen von international Engagierten in ihre Länder geholt.
Immer häufiger gab es Anfragen von Menschen aus anderen Ländern, die auch ein Hausprojekt und ein

Netzwerk mit ähnlichen Zielen bei sich aufbauen wollten. Auch sie wollten dauerhaft Häuser und Grundstücke zugunsten einer selbstbestimmten, engagierten Hausgemeinschaft aus dem Profitstreben befreien. Zur Beantwortung ihrer Fragen bildete sich vor über 20 Jahren die Arbeitsgruppe International (AG-I) auf den Mitgliederversammlungen des MHS. Zudem gab es über viele Jahre immer wieder Reisen einzelner Engagierter des MHS nach Griechenland, Spanien, Italien und anderen Ländern, um Gruppen und Häuser zu besuchen und sie zu beraten, um Vorträge zu halten und an Konferenzen teilzunehmen. Parallel lief die Beratung auch per eMail, Telefon und Videokonfe-

renzen kontinuierlich weiter. Unter Beratung und Wissensvermittlung wurden Schwesternetzwerke des MHS und Hausprojekte in etlichen Ländern gegründet. So entstanden etwa habiTAT in Österreich und VrijCoop in den Niederlanden. 2023 schließlich wurde das Commoning Spaces Network (CSN) gegründet, in dem sich die Aktivist*innen und Hausprojekte aus mehreren europäischen Ländern zusammenschließen.
Auf Seite 9 könnt ihr nachlesen, wie sich dieser Prozess der Internationalisierung entwickelt hat. Auf den folgenden Seiten 10 und 11 werden Netzwerke und Dachorganisationen mit dazugehörigen Projekten aus der Tschechischen Republik

und Spanien vorgestellt. Noch nicht ganz so weit ist Griechenland. Über den Stand der Dinge, die Entwicklung eines entsprechenden Netzwerks und die Hindernisse, denen sich dieses gegenüber sieht, berichtet der Beitrag auf Seite 12. Zusätzlich findet sich auf Seite 4 ein Text über CoHabitat, ein internationales Netzwerk der Bewegungen für leistbaren Wohnraum, das ähnliche Ziele verfolgt wie das CSN, und mit diesem auch zusammenarbeitet.

Schwerpunkt auf den Seiten 9 bis 12

Die Texte auf Seite 4, 10 und 12 wurden von Brigitte Kratzwald mit Hilfe von deepl.com aus dem Englischen übersetzt.

22. FEBRUAR, PROTESTTAG IN ITALIEN

Keine Sicherheit ohne Freiheit und Gerechtigkeit

Ein breites Netzwerk in Italien mobilisiert gegen das Gesetz Nr. 1660, das sogenannte »Legge Sicurezza« (Sicherheitsgesetz). Unter dem Vorwand der Sicherheit sollen auch in Italien Menschenrechte beschnitten werden.

BRIGITTE KRATZWALD, REDAKTION GRAZ

Der Gesetzesentwurf, eingebracht von der Regierung Meloni, wurde im September 2024 von der Abgeordnetenkammer beschlossen und steht Anfang März beim Senat, der zweiten

Kammer des italienischen Parlaments, zur Abstimmung. Der Gesetzesentwurf enthält zahlreiche Verstöße gegen Verfassung und Menschenrechte. Der Menschenrechtskommissar des Europarates, Michael O'Flaherty, hat an den Senat appelliert, dem Gesetzesentwurf nicht zuzustimmen, was der Senatspräsident postwendend als Einmischung in innere Angelegenheit zurückwies. Selbst Staatspräsident Mattarella hat schwerwiegende Einwände vorgebracht.
Würde das Gesetz in Kraft treten, gäbe es 13 neue Straftaten. Die

Rechte auf Demonstration und freie Meinungsäußerung würde drastisch eingeschränkt, jeder Widerstand, auch friedlicher, würde mehrjährige Gefängnisstrafen nach sich ziehen. Auch die Repressionen gegen geflüchtete Personen würden verstärkt, so soll es verboten werden, SIM-Karten an Asylwerber*innen zu verkaufen. Kritiker*innen warnen vor einer Kriminalisierung vulnerabler und marginalisierter Gruppen, wie Sinti und Roma, Obdachlosen, Arbeitslosen oder psychisch kranken Menschen, und befürchten ein allgemeines Klima

von Angst und Intoleranz. Beinahe maßgeschneidert wirkt der Entwurf als Antwort auf die massiven Protestbewegungen gegen große Bauprojekte wie »No TAV« im Susatal gegen die Hochgeschwindigkeitsbahntrasse oder die Bewegung gegen die geplante Brücke vom Festland nach Sizilien.
Im November hat sich ein breites Netzwerk aus Gewerkschaften, NGOs und Basisinitiativen gegen das Gesetz gegründet, das »Rete No Ddl Sicurezza«. Vertreter*innen des Netzwerks sprachen sogar beim europäischen Parlament in Brüssel und hielten

dort eine Pressekonferenz ab, bei der vor einem »neuen Ungarn in Europa« gewarnt wurde. Für den 22. Februar hatte das Netzwerk zu Demonstrationen und Kundgebungen in ganz Italien aufgerufen. Nicht nur in Rom, Milano, Bologna oder Neapel füllten zehntausende Menschen die Straßen und Plätze, auch in vielen kleineren Städten fanden Kundgebungen breiter Bündnisse statt.

Eine deutsche Analyse des Gesetzes findet sich auf der Webseite der Heinrich-Böll-Stiftung: tinyurl.com/3wusen7j

INTERNATIONALISIERUNG SELBSTVERWALTETER WOHNPROJEKTE

Zehn Jahre für das Recht auf Wohnen

Vor einem Jahrzehnt traf sich eine Gruppe visionärer Organisationen in Genf und gründete das CoHabitat-Netzwerk. Heute ist das Netzwerk ein wichtiger Akteur im Bereich selbstorganisierten Wohnens, der Hauskollektive, Aktivist*innen und Verbündete aus der ganzen Welt zusammenbringt, die sich für die Sicherung von Wohnraum durch kollektive, nicht spekulative, demokratische Lösungen einsetzen.

NADIA GIANOLI, URBAMONDE

Zur Feier des zehnjährigen Bestehens kehrte das Netzwerk an seinen Geburtsort zurück, um dort mit einem Jahrestreffen vom 30. September bis 4. Oktober 2024 die Erfolge zu feiern, über ein Jahrzehnt der Errungenschaften zu reflektieren und einen Ausblick auf weitere gemeinsame Aktionen zu geben.

Das CoHabitat-Netzwerk wurde 2014 gegründet, unter Beteiligung wichtiger Dachorganisationen selbstverwalteter Häuser wie die Habitat International Coalition (HIC), die Asian Coalition for Housing Rights (ACHR), Slum Dwellers International (SDI), World Habitat, Cooperative Housing International (CHI), urbaMonde und andere. Die Vision des Netzwerks basiert auf einem in Lateinamerika entwickelten Konzept für gemeinschaftlich genutzten Wohnraum, das lokale Graswurzelinitiativen weltweit bestärkt, ihren Lebensraum selbst zu gestalten.

Das CoHabitat-Netzwerk stützt sich auf eine Fülle internationaler Erfahrungen und hat es sich zur Aufgabe gemacht, diese Kräfte zu bündeln und eine gemeinsame Plattform zu schaffen, um den Austausch zu fördern, die Sichtbarkeit zu erhöhen und sich für die kollektive Schaffung von Lebensraum und gemeinschaftlich organisiertem Wohnraum einzusetzen. Im Laufe der Jahre hat sich das



▲ Ein Workshop für Menschen, die sich für die Schaffung kollektiver Wohnprojekte interessieren

Foto: Régis Kacou

Netzwerk zu einem starken Motor für den Erfahrungsaustausch, die Förderung innovativer Lösungen, die Vernetzung und die Stärkung der transnationalen Solidarität entwickelt. Es hat eine wichtige Rolle beim Aufbau einer weltweiten Bewegung gespielt, die sich dafür einsetzt, das Recht auf angemessenen Wohnraum für einkommensschwache Gemeinschaften durch integrative und partizipative Ansätze zu sichern.

Globale Zusammenarbeit

Das CoHabitat-Netzwerk arbeitet eher als kollaborative Plattform denn als rechtsfähige Einrichtung. Sein Organisationsmodell ist partizipativ, wobei Basisorganisationen eine zentrale Rolle bei der Entscheidungsfindung spielen. Die Mitgliedsorganisationen entscheiden gemeinsam über Prioritäten und Aktivitäten durch konsens-

orientierte Prozesse. Die Struktur des Netzwerks fördert die dezentrale Führung mit regionalen Koalitionen und thematischen Arbeitsgruppen, die sich mit spezifischen Herausforderungen und Chancen im gemeinschaftlich durchgeführten Wohnungsbau befassen. So stehen die lokalen Bedürfnisse und Prioritäten der Basisorganisationen immer im Vordergrund.

Zu den wichtigsten Herausforderungen, denen sich CoHabitat als Netzwerk stellen muss, gehören begrenzte finanzielle Mittel und eine komplexe Koordinierung. An dieser sind Mitglieder aus verschiedenen kulturellen und sozioökonomischen Kontexten beteiligt, die mit unterschiedlichen Herausforderungen und Prioritäten konfrontiert sind und Sprachbarrieren überwinden müssen. Dafür sind Kommunikationsfähigkeiten und die Einführung mehrsprachiger Kommunikationsinstrumente von

wesentlicher Bedeutung. Schließlich ist auch die finanzielle Unterstützung durch gleichgesinnte Geber*innen entscheidend für die Aufrechterhaltung des Netzwerks, da sie die notwendigen Ressourcen für die Koordinierung und Durchführung der Aktivitäten bereitstellt.

Gemeinschaftsgeführte Wohnprojekte weltweit

Das Netzwerk umfasst eine Vielzahl von Organisationen, die jeweils die Entwicklung von selbstverwalteten Wohnprojekten in ihrem Umfeld unterstützen, zum Beispiel partizipative, genossenschaftliche Wohnprojekte in Spanien, Uruguay, Nicaragua oder der Schweiz, oder Community Land Trusts (CLTs) in den USA, Belgien oder Brasilien, um nur einige zu nennen. Diese Projekte sind Beispiele für gemeinschaftsorientierte Lösungen für die

Herausforderungen im Wohnungsbau und stellen Prinzipien wie Leistbarkeit, Nachhaltigkeit und demokratische Verwaltung ins Zentrum. Viele Projekte beinhalten auch innovative Finanzierungsmechanismen wie solidarische Fonds und Spargenossenschaften. Diese ermöglichen es einkommensschwachen Gemeinschaften, die oft von traditionellen Finanzinstituten ausgeschlossen sind, von einer ethischen Finanzierung zu profitieren, wie im Fall von urbaSEN in Senegal oder Multipro in Nicaragua.

Gemeinsam ist CoHabitat und dem Commoning Spaces Network (siehe Beitrag auf Seite 9), dass sie sich für partizipatorische und gemeinschaftsorientierte Ansätze für Lebensräume engagieren. Beide Netzwerke unterstützen die Entwicklung von selbstverwalteten Wohnprojekten und arbeiten bei Initiativen zusammen, die zum Beispiel für das Recht auf Stadt eintreten oder Best Practices austauschen. Viele der Initiativen lehnen sich eng an die in Deutschland bereits bekannten Modelle wie Genossenschaften oder das Miethäuser Syndikat an. Das Netzwerk weitet die Prinzipien dieser Modelle auf eine globale Ebene aus und zeigt, wie partizipative Wohnlösungen auch helfen, Herausforderungen wie städtische Ungleichheit und Klimawandel anzugehen. Durch die Förderung der grenzüberschreitenden Solidarität inspiriert das CoHabitat-Netzwerk zu neuen Formen der Zusammenarbeit und Innovation im Wohnungssektor. Damit zeigt es, dass gemeinschaftlicher Wohnungsbau nicht nur eine Antwort auf die globale Wohnungskrise ist, sondern auch einen transformativen Weg zu einer gerechteren, nachhaltigeren und inklusiveren Zukunft darstellt.

Link:
www.co-habitat.net/en (in englischer Sprache)

NETZWERK NEWS

In welcher Gesellschaft wollen wir leben?



Fördern - Vernetzen - Unterstützen

Netzwerk Selbsthilfe e.V., als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds, ist mit seiner Idee seit nunmehr 45 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt: Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen Unterstützer*innen und Spender*innen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

www.netzwerk-selbsthilfe.de

Hier interviewt Lea Zey alle zwei Monate ein von Netzwerk Selbsthilfe gefördertes Projekt. Dieses Mal waren Jonte und Isabelle vom Gen-ethischen Netzwerk (GeN) zu Gast im Berliner Mehringhof.

Lea: Das Gen-ethische Netzwerk wurde schon mehrfach von Netzwerk Selbsthilfe gefördert. Eure Themen reichen von Landwirtschaft bis hin zu Reproduktionstechnologien. Stellt euch gerne vor.

Isabelle: Das GeN wurde 1986 gegründet. Damals hat sich viel in kurzer Zeit im Bereich der Biotechnologie entwickelt. Es gab den Wunsch, diese komplexen Zusammenhänge aufzuarbeiten, sodass linke Bewegungen verstehen können, was gesellschaftsrelevante Effekte davon sein können. Ich beschreibe es gerne als »kritische Wissenschaftskommunikation«.

Jonte: Besonders ist außerdem, dass wir eine intersektionale und interdisziplinäre Perspektive einnehmen. Es geht oft um Inhalte, die schwer zu vermitteln und zu begreifen sind. Für eine Art zivilgesellschaftlicher Kontrolle müssen sie erstmal runtergebrochen werden.

Isabelle: Viel von unserem Wissen bereiten wir in unserem Fachmagazin auf – der Gen-ethische Informationsdienst. Einiges ist online einsehbar. Die Zeitschrift ist eine zentrale Schnittstelle von Wissenschaft und Bewegung. Wir recherchieren die Themen häufig lange, bevor sie gesellschaftlich relevant sind. Wir mischen uns schon in der Entwicklung oder in Fachdiskursen ein.

Gemeinsam mit der Roten Hilfe bringen wir zum Beispiel eine Broschüre zu DNA-Speicherung der Polizei raus. Dass das Thema Pränataldiagnostik in der Debatte rund um Schwangerschaftsabbrüche und in der Linken diskutiert wird, geht auf das GeN zurück. Das GeN war außerdem bei der Gründung der »Mad and Disability Pride Parade« involviert.

Lea: Ihr nehmt wirklich eine Vorreiterrolle ein. Wie startet ihr ins neue Jahr?

Isabelle: Uns ist im Verlauf des letzten Jahres aufgefallen, dass es große Finanzlücken gibt. Wir finanzieren uns vor allem durch Spenden von Einzelpersonen. Alles wird teurer und das teuerste beim GeN sind die Personen. Eben diese Expertise brauchen wir aber. Wir haben

zum Jahresende einen Rettungsauftrag gestartet und das hat auch für Rücklauf gesorgt, dafür sind wir sehr dankbar. Wir haben jetzt das bestehende Loch gestopft, brauchen aber langfristig mehr Geld, um uns stabil aufstellen zu können.

Jonte: Die Themen, die wir behandeln, wirken auf den ersten Blick nischig, aber sie betreffen den Kern davon, wie wir als Gesellschaft zusammenleben wollen, wie wir miteinander umgehen wollen, wessen Leben wertgeschätzt wird und – auf den landwirtschaftlichen Bereich bezogen – wie wir mit dem Klimawandel umgehen wollen. Für diese Arbeit brauchen wir Unterstützung.

Lea: Das können wir nur unterstreichen. An welchen Themen arbeitet ihr gerade?

Jonte: Die Bundesregierung hatte eine Expert*innenkommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin eingerichtet. Darauf haben viele lange gewartet, weil es darum ging, dass der § 218 außerhalb des Strafgesetzbuches geregelt wird. Die FDP hat eine zweite AG in diese Kommission verhandelt, die sich mit der Lega-

lisierung von Eizelltransfer und Leihschwangerschaft beschäftigt hat. Beides ist in Deutschland nicht legal. Eine vergleichbare Debatte wie zum § 218 findet beim Thema Eizelltransfer und Leihschwangerschaft öffentlich nicht statt. Uns ist es ein Anliegen, hier zu informieren – auf der einen Seite über die medizinischen Risiken, aber auch darüber, wie sich Machtverhältnisse in diesen Bereichen widerspiegeln.

Isabelle: Ich habe letztes Jahr begonnen, mich mit Neugeborenensequenzierung zu beschäftigen. Es gibt Pläne, die DNA von allen Neugeborenen zu sequenzieren, möglicherweise langfristig zu speichern und zu beforschen. Es geht darum, das Genom auf Veranlagungen für Krankheiten zu untersuchen. Das würde indirekt eine nationale DNA-Datenbank erschaffen, die dann auch für die Polizei in Bezug auf die Suche nach unbekannten Verdächtigen attraktiv werden könnte. Es sollte eine viel größere Debatte darüber stattfinden.

Lea: Tausend Dank für eure Arbeit!

Mehr Infos: gen-ethisches-netzwerk.de